Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 276 (1997)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-376994

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BLICK IN DIE WELT

Dr. Walter Bührer, Trogen

Es gehört zu den Eigenheiten dieser Chronik, dass sie aus der Vielzahl von Fakten und Ereignissen, die uns die Medien Tag für Tag vor Augen führen, nur eine sehr beschränkte Anzahl aufnehmen und reflektieren kann. Unser Rückblick bleibt zwangsläufig fragmentarisch: Eingang finden vorab jene Geschehnisse, welche die Welt – und mithin auch uns – in besonderer Weise bewegt und berührt haben. Aus der Perspektive von Zeitzeugen und aus kurzem Abstand lassen sich die wahrhaft «geschichtlichen» Bewegungen und Weichenstellungen bestenfalls erahnen, aber nicht mit abschliessender Gewissheit herausdestillieren. Manches, was spektakulär daherkommt, schrumpft im Zeitstrom zur blossen Randerscheinung. Anderes, Bedeutsames, entzieht sich der Wahrnehmung oder lässt sich in seinen Dimensionen erst mit der Zeit erkennen. So ist noch längst nicht abzuschätzen, in welchem Masse die aktuellen Entwicklungen im Informations- und Kommunikationsbereich die Menschheit in ihrem Verhalten beeinflussen; dass sie es tun, lässt sich mittlerweile nicht mehr bestreiten – genauso wenig wie die Umweltzerstörungen und Klimaveränderungen, deren Zeugen wir sind.

Technische und mediale Entwicklungen haben die Welt zum «Weltdorf» werden lassen; doch diese «zivilisierte», hochtechnisierte Welt ist zugleich verwundbarer geworden. Dies haben uns auch in der Berichtsperiode eine lange Reihe von Terroranschlägen bewusst gemacht. Gewalt und Kriege gehören weiterhin zum Bild unserer Welt. Doch dieses Bild zeigt auch andere Züge: Neben dem «Bösen», vom Historiker Jacob Burckhardt als «Teil der weltgeschichtlichen Ökonomie» bezeichnet, war öfter auch Hoffnungsfrohes, Zukunftsträchtiges auszumachen. Und umgekehrt: Wo Friedensmöglichkeiten sich abzeichneten, öffneten sich plötzlich Abgründe, lauerten unversehens Katastrophen.

Tödlicher Terror in Israel

Selten waren Hoffnung und Entsetzen einander wohl so nahe wie bei der Ermordung des israelischen Regierungschefs Yitzhak Rabin am 4. November 1995 in Tel Aviv. Rabin hatte an einer Grosskundgebung für den Frieden vor rund hunderttausend Menschen gesprochen. Auf dem Rückweg zu seinem Auto war er einen Moment lang nicht ausreichend geschützt. Aus nächster

Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, unter ihnen US-Präsident Clinton, König Hussein von Jordanien und der ägyptische Präsident Mubarak, gaben am 6. November dem ermordeten israelischen Premierminister Yitzhak Rabin in Jerusalem das letzte Geleit. *Bilder: Keystone/asl*

Nähe wurden drei Schüsse von hinten auf ihn abgegeben; Attentäter war ein 25jähriger rechtsextremer Student namens Yigal Amir. Der schwerverletzte Premierminister starb eine Stunde später im Spital. Für Israel war es ein traumatisches Ereignis: Dass ein Jude einen israelischen Politiker umbringen würde, war bis dahin unvorstellbar gewesen. Als ein Blitz aus heiterhellem Himmel, als Wahnsinnstat eines irren Einzelgängers, liess sich der Mord freilich nicht begreifen: Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen von einer beispiellosen Härte um die Friedenspolitik gegenüber den Palästinensern. Je konkreter die Verhandlungen mit der PLO wurden, umso verbissener wurde der Widerstand der radikalen Friedensgegner, deren harter Kern in den Siedlergemeinschaften im besetzten Westjordanland zu finden war.

Auch auf seiten der Palästinenser hatte die Politik der Aussöhnung nicht nur Anhänger. Islamistische Gruppen, allen voran die Hamas-Bewegung, schreckten vor keinem Terrorakt zurück, um den Friedensprozess zu torpedieren: Selbstmordanschlägen in Linienbussen oder an Bushaltestellen fielen Dutzende von Israelis zum Opfer. Als Gegenmassnahme riegelte Israel das Westjordanland während Wochen hermetisch ab.

Erfolge im Friedensprozess

Dennoch vermochten weder die Aktionen der jüdischen Friedensgegner noch die Anschläge von Hamas den Friedensprozess zu bremsen: Am 11. August einigten sich Israel und die PLO auf eine Erweiterung des Autonomiegebiets für die Palästinenser im Westjordanland; das Abkommen wurde am 28. September in Washington von Rabin, Arafat und Clinton unterzeichnet. Am 25. Oktober räumten die israelischen Truppen die ersten Städte im Westjordanland, palästinensische Polizei übernahm die Sicherheitsaufgaben. Kurz vor Weihnachten wurde Bethlehem den Palästinensern übergeben, an der Weihnachtsfeier in der Geburtskirche nahm auch PLO-Chef Arafat teil.

Wie starken Rückhalt der Friedensprozess in der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen hatte, zeigten die ersten freien Wahlen, die am 20. Januar 1996 abgehalten wurden: Bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent wurde Arafat mit 88,1 Prozent der Stimmen zum Präsidenten des Autonomierats gewählt; seine Gegenkandidatin Samiha Khalil kam auf 9,3 Prozent. Im 88köpfigen Palästinenserrat fielen 50 Sitze an Arafats Fatah-Bewegung und 34 an unabhängige Kandidaten; lediglich vier Islamisten wurden gewählt. Am 24. April kam die PLO schliesslich ihrer Verpflichtung aus dem Autonomieabkommen nach, die Forderung nach der Zerstörung Israels aus ihrer Charta zu streichen; dieser Schritt war umso bedeutsamer, als die israelische Armee zur selben Zeit ihren kurzen Krieg gegen die Hisbollah im Südlibanon führte.

Krieg im Süden Libanons

Dieser Waffengang war von den islamischen Freischärlern er-

Säntis 2502 m ü. M.
im
Appenzellerland

Luftseilbahn ✆ 071/365 65 65
Gasthäuser ✆ 071/365 66 00
Automatischer
Auskunftsdienst ✆ 071/365 66 66
CH-9107 Schwägalp

ERLEBNIS
säntis
DER BERG

zwungen worden, die von südlibanesischem Territorium aus Ortschaften in Nordisrael mit Katjuscha-Raketen beschossen. Von Hisbollah-Seite wurden diese Angriffe als legitime Akte des Widerstandes dargestellt, da Israel seit 1983 einen Sicherheitsstreifen im Süden Libanons besetzt hält. Die Israelis reagierten überaus hart: Während 16 Tagen wurden Ziele im Süden Libanons, in der Hauptstadt Beirut und in der Beka'a-Ebene aus der Luft und mit Artillerie beschossen. Mit ihrer Militäraktion wollten die Israelis nicht zuletzt Druck auf Syrien ausüben, das als Schutzmacht Libanons auch entscheidenden Einfluss auf die Hisbollah-Milizen ausübt. Unter amerikanischer Vermittlung kam schliesslich eine Waffenruhe zustande; gemäss der Übereinkunft verpflichteten sich Israel wie die Hisbollahs, keine zivilen Ziele mehr anzugreifen. Zivilpersonen waren tatsächlich die Hauptleidtragenden dieses Krieges: Hunderttausende von Libanesen wurden zur Flucht Richtung Norden gezwungen; rund 170 Menschen fanden den Tod, über 100 allein im UNO-Camp Kana, wo sie Zuflucht gesucht hatten.

Trotz dieses Krieges gelang es Premierminister Schimon Peres und seiner Arbeiterpartei nicht, die Wahlen vom 29. Mai zu ihren Gunsten zu entscheiden. Viele Israelis zweifelten offenbar an der Fähigkeit von Rabins Nachfolger, mit dem Friedensprozess die Sicherheit des jüdischen Staates nicht aufs Spiel zu setzen. Die durch die Hamas-Anschläge verunsicherten Wähler gaben Peres' Herausforderer, Likud-Chef Benjamin Netanyahu, bei der ersten Direktwahl des Regierungschefs mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,49 Prozent den Vorrang. Zwar beteuerte Netanyahu, den Friedensprozess fortsetzen zu wollen; der Ausgang der israelischen Wahlen liess die Aussichten auf weitere Fortschritte freilich sehr viel ungewisser erscheinen.

Die Präsidenten Serbiens, Bosniens und Kroatiens, (von links) Milosevic, Izetbegovic und Tudjman, paraphieren am 21. November auf der US-Luftwaffenbasis Dayton das Friedensabkommen für Bosnien.

Friedenshoffnungen in Bosnien

Kriegsgreuel und Friedenshoffnungen lagen auch in Bosnien eng beeinander: Zum ersten Mal seit vier Jahren konnten die Einwohner Sarajevos 1995 friedliche Weihnachten feiern. Dabei hatte der Krieg bis in den September hinein mit unerbittlicher Härte getobt, abermals wurden Hunderttausende von Zivilpersonen aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben. Im Mai eroberten kroatische Truppen Westslawonien und im August die Krajina zurück. Ende Mai nahmen die bosnisch-serbischen Milizen bei Tuzla 370 UNO-Blauhelme als Geiseln, im Juli eroberten sie die UNO-Schutzzonen Srebrenica und Zepa. Mehrere tausend muslimische Männer wurden ermordet, wie sich aufgrund von Augenzeugenberichten sowie von amerikanischen Satellitenbildern rekonstruieren liess – das grauenvollste Verbrechen auf europäischem Boden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Als Ende August ein Artillerieangriff auf Sarajevo 77 Todesopfer forderte – die Granaten kamen

höchstwahrscheinlich von den serbischen Belagerern – war das Mass voll. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte holte die Nato zu einem direkten Kriegseinsatz aus, und sie hatte Erfolg: Mit klug dosierten Luftangriffen wurden Munitionslager und schwere Kriegsgeräte der bosnischen Serben ausgeschaltet. Mitte September sagten die Serben den Abzug ihrer schweren Waffen aus der Umgebung Sarajevos zu. Das direkte Eingreifen Amerikas blieb auch an der diplomatischen Front nicht ohne Folgen: Dem unermüdlichen US-Chefunterhändler Richard Holbrooke gelang es, mit den Präsidenten und Aussenministern Serbiens, Kroatiens und Bosniens Grundzüge für eine Friedenslösung in Bosnien zu erarbeiten. Mitte Oktober trat ein Waffenstillstand in Kraft, und vom 1. November an verhandelten die Kriegsparteien über Frieden: Drei Wochen lang wurden Milosevic, Tudjman und Izetbegovic mit ihren Beratern auf einer Luftwaffenbasis bei Dayton in den USA sozusagen «eingesperrt», bis sie sich einig waren. Das Friedensabkommen von Dayton wurde am 14. Dezember in Paris unterzeichnet, und kurz darauf lösten Nato-Kampftruppen die machtlosen UNO-Blauhelme in Bosnien ab.

Den rund 60 000 Soldaten der Ifor (Implementation Force) gelang es, die Streitparteien zu trennen und die Waffenruhe in Bosnien durchzusetzen. Auch die territorialen Regelungen des Dayton-Abkommens, die den Abzug der einzelnen Kriegsparteien aus bestimmten Gebieten vorsahen, wurden fristgerecht eingehalten; allerdings waren diese Gebietsübergaben jeweils von einer Massenflucht und von nachfolgenden Plünderungen begleitet. Die Rückführung von Flüchtlingen in ihre angestammten Dörfer und Häuser scheiterte nicht selten am gewaltsamen Widerstand der neuen «Besitzer». Die ethnischen Vertreibungen hatten Fakten geschaffen, die an ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen in Bosnien vorerst

Erfolg ist lernbar

- **Sprachschule** im Free-System®
  Einzel-, Gruppen- und Firmenkurse
- **Computerkurse**
- **Kaderkurse**
- **Handelsschule**
- **Arzt-/Spitalsekretärin**
- **Arztgehilfinnenschule**

SPRACHEN HANDEL ARZTGEHILFINNEN

Bénédict

NEUMARKT 1,
9001 ST.GALLEN

TEL. 071·222 55 44 FAX 071·222 82 49

kaum denken liessen. Auch die im Dayton-Abkommen vorgesehene Bestrafung der Kriegsverbrecher – allen voran der beiden Hauptangeklagten Karadzic und Mladic – liess sich einstweilen nicht durchsetzen. Immerhin bedeutete die Eröffnung des ersten Kriegsverbrecherprozesses Anfang Mai in Den Haag einen bescheidenen, wenn auch nicht unbedeutenden Anfang: Damit verband sich die Hoffnung auf eine Rückkehr des Rechts und auf eine teilweise Sühnung der grauenvollen Kriegsverbrechen, ohne die auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den bosnischen Volksgruppen nicht zu hoffen war. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Chronik war es auch fraglich, ob die vorgesehenen Wahlen – mit deren Organisation die OSZE unter schweizerischem Präsidium beauftragt war – bis September 1996 tatsächlich stattfinden konnten.

Instabiles Russland

Auch Russland führte weiter Krieg. Anderthalb Jahre nach dem Einmarsch russischer Truppen in der abtrünnigen Kaukasus-Republik Tschetschenien war ein Ende der Auseinandersetzungen nicht abzusehen. Präsident Jelzin und seine Ratgeber hatten nicht nur den Widerstandswillen der Tschetschenen und ihres Präsidenten Dschochar Dudajew unterschätzt, sondern auch die Einsatzbereitschaft und den Kampfwillen der eigenen Truppen überschätzt. Die Hauptstadt Grosnyi und andere Zentren des Landes wurden von den Russen weitgehend zerstört. Mit spektakulären Kommandoaktionen und Geiselnahmen gelang es den Tschetschenen immer wieder von neuem, die Initiative an sich zu reissen. Nach mehreren gescheiterten Waffenstillständen bot ein zusehends bedrängter Jelzin Anfang April Dudajew direkte Verhandlungen an. Ein Treffen auf höchster Ebene kam am 27. Mai in Moskau zustande; die entscheidende Vermittlungsarbeit leistete dabei der Schweizer OSZE-Delegations-

Täglich ab 8.00 Uhr geöffnet – am Freitag Abendverkauf bis 21.00 Uhr

FACHWERKSTATT
FÜR SILBERSCHMUCK UND SILBERGERÄT, TRACHTEN- UND FILIGRANSCHMUCK, HANDGEARBEITETES ZINNGERÄT AUCH MIT BERUFS- UND BRAUCHTUMSDARSTELLUNGEN

RESTAURATIONEN
SILBERSCHMIEDE
ERICH WENK BUCHENSTRASSE 57
9042 SPEICHER TELEFON 071/344 24 29

Biber-Bäckerei
CAFE-CONFISERIE Ruckstuhl TROGEN
9043 Trogen 071/344 11 73
9042 Speicher 071/344 46 40
Spezialität: Appenzeller Biber
Prompter Postversand

chef Tim Guldimann. Jelzin und der tschetschenische Rebellenführer Selimchan Jandarbijew (Dudajew war Ende April unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen) verständigten sich auf einen Waffenstillstand, der ab dem 1. Juni gelten sollte.

Ungeachtet des Tschetschenien-Krieges blieben Europas Türen für Russland offen: Der Europarat beschloss, die Russische Föderation als 39. Mitgliedsstaat aufzunehmen. Er ging damit ein grosses Risiko ein, konnte doch Russland zu diesem Zeitpunkt keinesfalls als gefestigte Demokratie betrachtet werden; auch die Hoffnung, den Koloss im Osten politisch einbinden und auf demokratisch-rechtsstaatliche Werte verpflichten zu können, ruhte auf schwachen Füssen. Dass Russland ein schwer berechenbarer Faktor der Weltpolitik ist, zeigten die Parlamentswahlen vom 17. Dezember. Mit fast 22 Prozent der Listenstimmen errangen die Kommunisten die meisten Stimmen; sie gewannen 157 (bisher 45) der insgesamt 450 Sitze in der Staatsduma. An die zweite Stelle rückten mit rund 11 Prozent die Liberaldemokraten des Rechtsextremisten Schirinowski, gefolgt von «Unser Haus Russland» von Ministerpräsident Tschernomyrdin mit rund 10 Prozent und dem Reformblock «Jabloko» des Demokraten Jawlinski. In dieses Bild der Instabilität und Unberechenbarkeit fügten sich auch die Meldungen über den Gesundheitszustand des Präsidenten ein: Zweimal musste Jelzin wegen Herzanfällen wochenlang pausieren.

Die französischen Atomwaffentests im Südpazifik lösten weltweit Proteste aus; daran beteiligte sich auch die schweizerische Fussball-Nationalmannschaft (am 6. September anlässlich eines Länderspiels in Göteborg).

Emotionsgeladene Themen

Die unsichere Lage in Russland war eines der Argumente, die Frankreichs neuer Präsident Jacques Chirac am 13. Juni 1995 für die Wiederaufnahme der Atomwaffentests vor dem Mururoa-Atoll im Südpazifik anführte. Der eigentliche Grund war, dass Frankreich die Entwicklung hin zur Computersimulation verpasst hatte und das erforderliche technische Know-how nicht in den USA einkaufen wollte. Chirac kümmerte sich nicht um die Meinung der übrigen Welt, die sich in teilweise gewaltsamen Protesten entlud: Zwischen dem 5. September und dem 29. Januar zündeten die Franzosen sechs unterirdische Atombomben. Die Testserie eröffnete indessen gleichzeitig die Aussicht auf ein definitives Verbot von Nukleartests: Am 11. Mai 1995 hatte die UNO die unbegrenzte Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags beschlossen; US-Präsident Clinton ordnete am 11. August die Einstellung aller atomaren Tests an. Chirac kündigte an, dass Frankreich ein entsprechendes Abkommen ebenfalls begrüssen würde. – Kaum voran kamen dagegen die Bemühungen, im Rahmen der UNO zu einem weltweiten Verbot für die Herstellung und den Einsatz von Personenminen zu gelangen.

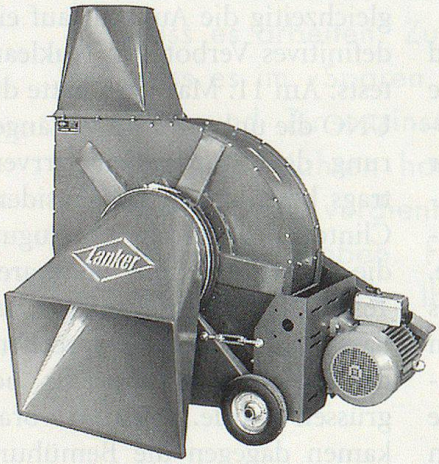
Herstellerländer wie China und Russland widersetzten sich erfolgreich einer Ächtung dieser heimtückischen Waffen.

Emotionen löste auch das Thema Rinderwahnsinn aus, nachdem die Regierung in London Ende März die Vermutung geäussert hatte, dass zwischen der unter dem Namen Rinderwahnsinn bekannten Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE) und der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJD) beim Menschen eine Verbindung bestehen könnte. Obschon ein wissenschaftlicher Beweis dafür nicht zu erbringen war, reagierten Behörden und Öffentlichkeit drastisch: Die EU verhängte einen Exportstopp für britisches Rindfleisch, und Massenausmerzungen von Kühen wurden in mehreren Ländern angeordnet.

Regierungswechsel

In verschiedenen europäischen Staaten kam es in der Berichtsperiode zu Regierungswechseln: In Polen wurde Lech Walesa vom Ex-Kommunisten Aleksander Kwasniewski aus dem Präsidentenamt verdrängt (5./19. November). – In Italien gewann das Mitte-links-Bündnis «Ulivo» um den Bologneser Wirtschaftsprofessor Romano Prodi die Parlamentswahlen vom 21. April. Zusammen mit den Altkommunisten errang der «Olivenbaum» in beiden Parlamentskammern die absolute Mehrheit. – Zu einem Machtwechsel kam es auch in Spanien, nach 13jähriger sozialistischer Regierung: Mit 38,9 Prozent der Stimmen verfehlte der rechtsliberale Partido Popular (PP) zwar die angestrebte absolute Mehrheit; dank Unterstützung durch das katalanische Parteienbündnis konnte PP-Präsident José Maria Aznar trotzdem als neuer spanischer Ministerpräsident vereidigt werden. – In der Türkei endeten die Parlamentswahlen vom 24. Dezember mit einem Sieg der islamischen Refah-Partei; Tansu Ciller musste als Ministerpräsidentin zurücktreten und sah sich in der Folge mit schwerwiegenden Korruptionsvorwürfen konfrontiert.

Lanker



Alles aus einer Hand

- Heu-, Kombi-, Injektor- und Schleusengebläse
- Zusatz-Injektorgebläse
- Grossflächenverteiler, Zubringer, Dosiergeräte vollhydraulisch und mechanisch
- Krananlagen für Neu- und Altbauten
- Heubelüftungen, MF Multi-Fan und MV Multi-Vent-Belüftungssysteme
- LANKER-Optimatic Multi 2000 Microprozessor-Heubelüftungssteuerungen
- Grünfuttersilos aus Kunststoff
- Heurüstmaschinen für Hand- und Kranbeschickung
- Heuschrotmaschinen
- Strohmühlen, Strohballenfräsen, TOMAHAWK-Stroh- und Siloballenshredder
- Agromischer, Futtermischwagen ROVIBEC und GILIOLI U-35
- Stall-Luftentfeuchter

Lanker AG, Landmaschinen, 9015 St.Gallen

Zürcherstrasse 499 Tel. 071/313 99 44 Fax 071/313 99 40

Eine politische Wende – nach 13 Jahren Labor-Regierung – erlebte auch Australien: Bei den Wahlen vom 2. März 1996 erzielte das Oppositionsbündnis aus Liberaler und Nationaler Partei eine unerwartet deutliche Mehrheit; der Jurist John Howard löste den bisherigen Premierminister Paul Keating ab. – Bei den Wahlen in Taiwan – den ersten demokratischen Wahlen auf chinesischem Boden überhaupt – siegte erwartungsgemäss der bisherige Präsident Lee Teng-hui (mit 54 Prozent der Stimmen); auf Peng-Ming-min, der für eine sofortige Unabhängigkeit Taiwans von China eintrat, entfielen 21 Prozent. Die Einschüchterungsstrategie der Volksrepublik, die mit Grossmanövern vor der Küste Taiwans akute Kriegsgefahr heraufbeschwor, verfehlte ihr Ziel: Der «Peking-treue» Kandidat endete weit abgeschlagen auf dem dritten Platz.

Nicht überall auf der Welt wurde der Kampf um die Macht mit friedlichen Mitteln ausgetragen: In Algerien dauerte die Serie von Attentaten und Bombenanschlägen moslemischer Extremisten an; daran änderten auch die ersten pluralistischen Präsidentenwahlen wenig: Am 16. November wurde der amtierende Staatschef Zéroual bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent in seinem Amt bestätigt. – In Nigeria entledigte sich das herrschende Militärregime seines einflussreichsten Gegners auf verbrecherische Weise: Der Schriftsteller Ken Saro-Wiwa, der sich vor allem gegen die Zerstörung des Lebensraumes des Ogoni-Volkes gewehrt hatte, wurde ungeachtet weltweiter Proteste am 10. November hingerichtet.

Innenpolitischer Rückblick

Gemessen an den meisten Ländern der Erde hätte die Schweiz auch 1995/96 Grund genug gehabt, mit ihrem Schicksal zufrieden zu sein. Stattdessen schwankte die nationale Gefühlslage weiterhin zwischen Selbstzweifeln, Resignation, Risikoscheu und trotziger Abwehrhaltung. Entgegen den Erwartungen erlitt die wirtschaftliche Erholung Anfang 1996 erneut einen Rückschlag: Die Arbeitslosigkeit verharrte auf dem für schweizerische Verhältnisse hohen Niveau von fast 5 Prozent; beinahe täglich sorgten Meldungen über Betriebsschliessungen, Restrukturierungen und Fusionen für Schlagzeilen. Gleichzeitig engte die Finanzkrise von Bund und Kantonen den Handlungsspielraum der Politik spürbar ein: Wo früher grosszügig Leistungen verteilt werden konnten, mussten jetzt Opfer und Verzichte abverlangt werden. In ungewohnter Schärfe erlebte unser Land Verteilungskämpfe – nicht nur zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Bauern und Konsumenten, linken und rechten Parteien, sondern auch zwischen den Landesteilen.

Der Beschluss des Swissair-Verwaltungsrats, einen Teil der Interkontinentalflüge nicht mehr über Genf-Cointrin zu führen, löste in der Romandie einen Proteststurm aus. Auch der Bundesrat übte scharfe Kritik am Vorgehen der Swissair, dass in der Sache wohl gerechtfertigt, aber ohne Sensorium für die staatspolitischen Folgen kommuniziert worden war. Zwar blieb die Swissair bei ihrem Entscheid; sie akzeptierte jedoch die vorzeitige Liberalisierung des Luftverkehrs von und nach der Schweiz, wie sie der Bundesrat auf Drängen welscher Politiker in Aussicht stellte.

Redimensionierte Bahn-Grossprojekte

Auch die Eisenbahnpolitik rührte an empfindliche Stellen: Die «Bahn 2000», die vom Schweizervolk 1987 als grossangelegtes Modernisierungskonzept mit vier Neubaustrecken gebilligt worden war, musste aus finanziellen Gründen etappiert werden; Teile davon wie etwa der Brüttener Tunnel zwischen Winterthur und dem Flughafen Kloten wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr den Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat): Obschon der entsprechende Abstimmungsentscheid nur gut

drei Jahre zurücklag, musste das Projekt redimensioniert werden; in der Zwischenzeit hatte sich das seinerzeitige Finanzierungskonzept – drei Viertel sollten auf dem Kapitalmarkt aufgenommen und binnen 60 Jahren amortisiert werden – als völlig utopisch herausgestellt. Das Ende April 1996 vom Bundesrat vorgestellte Projekt sah zwar immer noch zwei Basistunnel vor; am Lötschberg sollte jedoch nur noch einspurig gebaut werden. Gestrichen wurden der von der Ostschweiz gewünschte Hirzeltunnel sowie verschiedene Zufahrtsstrecken im Tessin und im Wallis. Die betroffenen Landesteile, namentlich das Tessin und die Ostschweizer Kantone, reagierten mit Empörung und drohten mit der Ablehnung des gesamten Neat-Konzeptes in der Volksabstimmung, die wegen des neuen Finanzierungskonzepts nötig werden dürfte.

Schwierige bilaterale Verhandlungen

Bezüglich des Güterverkehrs sah sich die Schweiz auch dem Druck der Europäischen Union ausgesetzt: In den bilateralen Verhandlungen verlangte die EU den ungehinderten Zugang zu den schweizerischen Wirtschaftszentren mit 40-Tonnen-Lastwagen – eine Forderung, deren schrittweise Erfüllung der Bundesrat in Aussicht stellte. Auch bezüglich des freien Personenverkehrs kam «Bern» den EU-Forderungen entgegen: Dieses Prinzip sollte schrittweise und auf Gegenrecht in den kommenden Jahren verwirklicht werden. Innenpolitisch waren diese Konzessionen freilich keineswegs abgesichert: Europagegner und Grüne drohten für den Fall eines Nachgebens zum voraus mit dem Referendum. Gewarnt war der Bundesrat überdies durch ein Abstimmungsergebnis: Das Nein zur Lockerung der Lex Friedrich (am 25. Juni 1995) hatte abermals aufgezeigt, wie eng der Spielraum für Reformen ist, die eine Öffnung zum Ausland vorsehen.

Wenig Handlungsfreiheit lassen auch die Bundesfinanzen zu. In der Berichtsperiode änderte sich wenig am prekären Zustand des Bundeshaushalts: Der Finanzplan für die Jahre bis 1999 sieht immer noch Wachstumsraten von 2 Prozent und jährliche Defizite von über drei Milliarden vor. Ob der Budgetausgleich bis zum Jahr 2001 gelingt, wie ihn der Bundesrat ins Auge fasst, hängt nicht zuletzt von der Neuregelung des Finanzausgleichs ab: Gemäss dem vom Finanzdepartement und den kantonalen Finanzdirektoren entwickelten Konzept sollen insgesamt 29 Bereiche – unter ihnen das Militär - entflochten werden. Ausgemacht wurde ein Sparpotential von 2 bis 3 Milliarden; ob die entsprechenden Opfer von der Bevölkerung hingenommen werden, ist indessen keinesfalls sicher. Eine

SP-Bundesrat Otto Stich trug wesentlich zum Erfolg der SP bei den Nationalratswahlen bei mit seiner Rücktrittsankündigung wenige Wochen vor dem Urnengang wie auch mit seinem Auftritt anlässlich der Anti-Blocher-Kundgebung vom 23. September in Zürich.

Abstimmungsvorlage, welche eine kostensparendere zentrale Beschaffung der militärischen Ausrüstung vorsah, wurde am 10. März 1996 mit 56 Prozent verworfen.

Gereiztes sozialpolitisches Klima

Auch im Sozialbereich verschärfte sich die Diskussion: Der «Dreisäulenbericht» wies nach, dass ohne einschneidende Korrekturen ab dem Jahr 2000 Lücken in Milliardenhöhe drohen. Die Präzisierung von Bundesrätin Dreifuss, wonach bis zum Jahr 2010 vier bis fünf zusätzliche Mehrwertsteuerprozente nötig sein würden, um eine «solide, nicht luxuriöse» AHV/IV zu erhalten, liess weitherum aufhorchen.

Einen Lichtblick stellte die 10. AHV-Revision dar, welche vom Schweizervolk am 25. Juni mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 60,7 Prozent angenommen wurde; wegen der schrittweisen Erhöhung des Frauen-Rentenalters von 62 auf 64 Jahre hatten die Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Auch gegen die Revision des Arbeitsgesetzes, das den flexibleren Einsatz von Arbeitskräften ermöglicht und damit zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen kann, kam von Gewerkschaftsseite das Referendum zustande. Wie gespannt das sozialpolitische Klima geworden war, offenbarten die geharnischten Reaktionen auf die Publikation «Mut zum Aufbruch», in der 19 Wirtschaftsführer und Professoren unter anderen einen Umbau des Sozialstaates postulierten.

Am 27. September 1995 wurde der Zürcher SP-Regierungsrat Moritz Leuenberger als Nachfolger Stichs in den Bundesrat gewählt; ihm wurde die Leitung des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements übertragen.

Eidgenössische Wahlen

Erstaunlicherweise schlug sich die weitverbreitete Verunsicherung bei den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 1995 nicht in Stimmengewinnen von Parteien und Gruppierungen ausserhalb des «Regierungskartells» nieder. Die Bundesratsparteien gingen insgesamt gestärkt hervor: SP und SVP gewannen 12 resp. 4 Nationalratssitze und kamen neu auf 54 resp. 29 Mandate. Die FDP verzeichnete einen Sitzgewinn (total 45 Mandate), die CVP erlitt zwei Verluste (34 Mandate). Verluste mussten die Grünen, der Landesring, die EVP, die Schweizer Demokraten und die Freiheitspartei hinnehmen. Entsprechende Tendenzen hatten sich bereits bei den kantonalen Wahlen in den Kantonen Baselland, Zürich, Tessin und Luzern abgezeichnet, und dieser Trend setzte sich auch 1996 in den Kantonen St.Gallen, Thurgau und Schwyz fort.

Zum Ausgang der Nationalratswahlen trug der Rücktritt von Bundesrat Otto Stich nicht unwesentlich bei. Die SPS blieb dadurch wochenlang in den Schlagzeilen. Auch mit einer erfolgreichen Pro-Europa-Kundgebung am 23. September vermochten Stich und die SP der SVP Christoph Blochers «die Show zu stehlen». Am 27. September – dreieinhalb Wochen vor den eidgenössischen Wahlen – wurde der Zürcher Regierungsrat Moritz Leuenberger neu in den Bundesrat gewählt; ein Versuch der Zürcher Freisinnigen, mit Nationalrätin Vreni Spoerry die Zauberformel zu sprengen, misslang kläglich. Die Wahl Leuenbergers führte zu einer kleinen Rochade im Bundesrat: Kaspar Villiger wechselte vom EMD ins Finanzdepartement; Verkehrsminister Adolf Ogi übernahm das EMD, und Moritz Leuenberger erhielt das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement zugeteilt.
(Abschluss: Ende Mai 1996)